Pressemitteilung

Stadt Herne
Mit Grün. Mit Wasser. Mittendrin.

24. November 2026

Haushaltskrise: Kommunen appellieren an Landschaftsverband und nehmen das Land NRW in die Pflicht

Gemeinsam mit den Amtskolleg*innen der Städte Bielefeld, Bochum, Bottrop, Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, und Münster haben Hernes Oberbürgermeister Dr. Frank Dudda und Stadtkämmerer Marc Alexander Ulrich sich mit einem Appell betreffend die Entwicklung der Umlage des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (LWL) an die Fraktionen in der Verbandsversammlung des LWL gewandt.

In dem gemeinsamen Schreiben weisen die Oberbürgermeister*innen und Kämmer*innen der neun Städte darauf hin, dass die Finanzplanung des LWL für die Jahre ab 2027 Steigerungen der von den Kommunen zu zahlenden Umlage von jeweils rund fünf Prozent vorsehe. Dies, so die einhellige Feststellung der Stadtspitzen, stelle eine enorme, nicht mehr tragbare finanzielle Belastung für die Kommunen dar.

„Wir anerkennen im Grundsatz die Bemühungen des LWL, Kosten zu sparen. Jedoch bleiben die aufgezeigten Maßnahmen hinter dem Niveau der Sparmaßnahmen zurück, zu denen sich die Kommunen gezwungen sehen. Insofern werden die bisher seitens des LWL vorgesehenen Sparmaßnahmen der aktuellen Dimension der kommunalen Finanzkrise nicht gerecht. Hier muss dringend nachgesteuert werden“, erläutert Stadtkämmerer Marc Alexander Ulrich die Hintergründe der gemeinsamen Aktion der Städte. Folgerichtig erwarteten die Unterzeichner*innen des Appells eine Intensivierung der Einsparbemühungen auf Seiten des LWL.

Zugleich sehen die Kommunen auch das Land NRW in der Verantwortung, seinen Finanzierungsverpflichtungen gegenüber Kommunen und LWL angemessen nachzukommen: „Gerade die Schaffung von Inklusion und gesellschaftlicher Teilhabe sind Aufgaben, die sich aus bundesgesetzlichen Regelungen ergeben. Es handelt sich haushaltsrechtlich nicht um eine alleinige Aufgaben der Kommunen. Entsprechend müssen sie gemäß unserer Finanzverfassung auch

Pressebüro Stadt Herne
Daniel Mühlenfeld
0 23 23 / 16 - 23 77
01 70 / 3 86 54 80
daniel.muehlenfeld@herne.de
www.herne.de/presse

vom Land NRW in angemessener Weise mitfinanziert werden“, kritisiert Marc Alexander Ulrich einmal mehr die finanzpolitische Untätigkeit des Landes. Dessen Beteiligung an der Finanzierung fehle bisher und es sei daher mehr als überfällig, für Abhilfe zu sorgen.

Die Lage der kommunalen Haushalte ist seit Jahren angespannt, weil hohe Sozialausgaben bei gleichzeitig geringem kommunalen Steueraufkommen und einer unzureichenden Beteiligung an den Staatseinnahmen die Städte und Gemeinden in eine strukturelle Überschuldung gezwungen haben. Trotz intensiver Bemühungen über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg ist eine Lösung des Problems mit dem Bund und den Landesregierungen nicht zustande gekommen.

Im Ergebnis haben die Kommunen insbesondere im Ruhrgebiet wegen der hier noch einmal zugespitzten gesamtwirtschaftlichen Lage mit Investitionsstaus und fortschreitenden Leistungseinschränkungen zu Lasten ihrer Bürger*innen zu kämpfen: „Wir tun unser Möglichstes, um unseren Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber den Menschen in unseren Städten nachzukommen. Durch gemeinsame Anstrengungen ist uns das in den zurückliegenden Jahren im Großen und Ganzen immer noch gelungen. Perspektivisch aber sehen wir uns kurz vor dem Verlust unserer Handlungsfähigkeit. Um das zu verhindern, braucht es endlich die immer wieder versprochene, jedoch nie eingelöste substanzielle Hilfe durch Bund und Land in Form einer Altschuldenlösung und einer verbindlichen Kostenübernahme bei allen Ausgaben, die durch Bundes- und Landesgesetze verursacht sind“, macht Oberbürgermeister Dr. Frank Dudda nochmals eindringlich den Ernst der Lage deutlich.

Pressebüro Stadt Herne
Daniel Mühlenfeld
0 23 23 / 16 - 23 77
01 70 / 3 86 54 80
daniel.muehlenfeld@herne.de
www.herne.de/presse